

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Bessere Eingliederung behinderter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt**

Behinderte Menschen sind wesentlich stärker und länger von Arbeitslosigkeit betroffen als nichtbehinderte. Besonders schwierig wird eine Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt, wenn sie die üblichen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit von Beschäftigten nicht oder noch nicht erfüllen können. So leistungsgeminderte Arbeitsuchende werden häufig als „voll erwerbsgemindert“ eingestuft, obwohl sie – mit der nötigen Unterstützung bei der Einarbeitung auf einem Arbeitsplatz und mit einem zusätzlichen Minderleistungsausgleich an den Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin – durchaus in den allgemeinen Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Ihnen bleibt häufig nur die Werkstatt für behinderte Menschen als einzige Beschäftigungsalternative. Gerade der sich zurzeit immer weiter verschärfende Fachkräftemangel verbessert die Chancen von behinderten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Senat im Dezember 2009 aufgefordert zu prüfen, wie die Instrumente „Budget für Arbeit“, „Job-Budget“ und „Unterstützte Beschäftigung“ stärker zur Eingliederung leistungsgeminderter behinderter Menschen eingesetzt werden können und über das Ergebnis dieser Prüfung zu berichten. Dieser Bericht liegt nun vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag)

1. unterstützt den Senat ausdrücklich in seiner Absicht, das Integrationsprojekt „Integra“ der Werkstatt Bremen zu reaktivieren und mit ihm konkrete Integrationsbetriebe zu entwickeln und zu realisieren.
2. fordert den Senat auf, mit anderen Werkstätten für behinderte Menschen und weiteren möglichen Trägern die Gründung weiterer Integrationsbetriebe zu fördern, um weitere Arbeitsplätze in diesen Betrieben für Menschen zu schaffen, die jetzt noch in den Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt sind.
3. fordert den Senat auf, weitere Projekte für den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt oder in einen Integrationsbetrieb für behinderte Schülerinnen und Schüler zu initiieren, die als nicht ausbildungsfähig in einem Berufsbildungswerk eingestuft wurden, die aber mit „unterstützter Beschäftigung“ beruflich eingegliedert werden können.
4. fordert den Senat auf, das Projekt „Job-Budget“ mit Mitteln des Integrationsamts so auszustatten, dass eine intensivere Unterstützung bei der Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt für mehr Teilnehmende geleistet werden kann.

Horst Frehe, Silvia Schön,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Karin Garling, Helga Ziegert,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD